

# Die erste Seite

Autor(en): **Reck, Oskar**

Objektyp: **Preface**

Zeitschrift: **Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur**

Band (Jahr): **61 (1981)**

Heft 12

PDF erstellt am: **17.09.2024**

## **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

## **Haftungsausschluss**

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

# *Die erste Seite*

---

## VERSCHLEIERTE ZIELKONFLIKTE

Stehen wir an einem Wendepunkt der schweizerischen Politik? Das ist keine rhetorische Frage mehr, die wir überzeugend und gelassen verneinen können. Noch gibt es zwar viele offizielle Manifestationen der ungebrochenen Zuversicht, und der Staat wickelt seine Routinegeschäfte ohne alarmierende Stockungen ab. Doch dieser Anschein einer normalen Lage kann nicht länger darüber hinwegtäuschen, dass sich das politische Klima zunehmend verschlechtert.

Von einer eigentlichen Staatskrise zu reden, wie professionelle «Malaisianer» sie schon vor Jahren beschworen, ist freilich weder zutreffend noch als beschwörender Appell hilfreich. Denn die eidgenössischen Verstreбungen sind viel zu solide und die gemeinsamen Interessen bei weitem zu gross, als dass von einem politischen Notstand schon heute gesprochen werden könnte. Wenn wir auch als Willensnation offenkundig an Substanz verloren haben, bleiben wir auf absehbare Zeit im Staatengefüge doch eine Zwangsgemeinschaft, die auf ihre eigenen und einigenden Kräfte verwiesen ist.

Aber es muss uns zu schaffen machen, dass wir auf bedeutende Landesprobleme stossen, die sich als nicht mehr konsensfähig erweisen, und aus denen tiefe Zerwürfnisse resultieren. Im Falle des umstrittenen Kernkraftwerkes Kaiseraugst etwa lässt sich die Frage unmöglich verdrängen, ob statt der gepriesenen Renaissance des Föderalismus in Wahrheit ein neuer Partikularismus Platz greife, der den Bundesstaat zwar nicht austilge, aber lähme. Allein damit schon wäre eine Wende signalisiert, die nicht einmal den enragiertesten Befürwortern von «weniger Staat» willkommen sein könnte, weil am Ende auch die nationale Sicherheit mitbetroffen wäre.

Nun mischt sich aber die Energiefrage erst noch mit dem weiter ausgreifenden Problem des wirtschaftlichen Wachstums. Je weniger wir dazu bereit sind, uns mit den Bedingungen und Zielen unserer staatlichen Existenz auseinanderzusetzen, desto isolierter und widersprüchlicher werden die politischen Ansprüche. Wie etwa lässt sich die Drosselung des Wachstums auch nur mit den bereits bestehenden Anforderungen an den Sozialstaat versöhnen, wie das Postulat rigoroser Regionaldemokratie mit den gar nicht delegierbaren anderen Pflichten des Bundes? Das diffuse politische Unbehagen ist wesentlich das Ergebnis verschleierter Zielkonflikte.

*Oskar Reck*

---